

BERLINER MORGENPOST

Chefredakteur: Helga Käster... Verlagsleitung: H.-P. Scherrer... Stellv. Chefred.: Alfred Wilhelm...

zu handeln, den die Explosion der ersten rotchinesischen Wasserstoffbombe in der Welt hervorrief. Mit dieser Bombe ist Moskau nicht nur in seinem Führungsanspruch innerhalb des Ostblocks, nicht nur in seinem vermeintlichen Abrüstungsdialog mit Washington, nicht nur als atomare Weltmacht, sondern auch in seiner Rolle im Nahost-Konflikt herausgefordert worden, in dem sich Peking als besserer Freund der Araber anbietet.

Kossygin im Zugzwang

ie. In der Vollversammlung der Vereinten Nationen hat gestern die politische Phase des Nahost-Konfliktes begonnen. Es gab keine Sensation. Anders als in der Suez-Krise des Jahres 1956, als die Sowjetunion mit der Entsendung von „Freiwilligen“ in das Kampfgebiet drohte, sieht sich Moskau zumindest gegenwärtig außerstande, ein handfestes Ultimatum zu stellen.

Kossygin, der sowjetische Regierungschef, hatte seinen großen Auftritt im Glaspalast am East River, doch er kloppte nicht wie während der cholerischen Chruschtschew mit seinem Schuh auf das Pult. Es war die Schaulust eines Managers mit Untertemperatur. Zwar erklärte Kossygin, die Sowjets würden niemals „territoriale Eroberungen“ Israels hinnehmen und notfalls auch außerhalb der UN die „Folgen der israelischen Aggression beseitigen“, doch das alles hatte fast die Tonlage des Theaterdonners.

Der sowjetische Ministerpräsident hat es nicht leicht. Er muß in New York die Araber besänftigen, die sich von Moskau verraten fühlen. Er hat unter dem erschreckenden Eindruck

Am schlimmsten aber ist für Kossygin der Zugzwang, in den er geraten ist: Je lautstärker, härter und aggressiver er vor den UN gegen Israel loslegt, je höher er seine Forderungen schraubt, desto geringer werden die Aussichten auf eine dauerhafte Friedensregelung im Nahen Osten, desto mehr werden die im Felde ungeschlagenen Israelis dazu neigen, keinen Meter eroberten Bodens für eine Waffenruhe preiszugeben, die nur die Saat für einen neuen Krieg legt.

US-Präsident Johnson, der, eine Stunde vor Kossygin's Auftritt im UN-Gebäude, in Washington das Wort ergriff, zerschlug die Möglichkeit eines Gipfelgesprächs mit dem Kreml-Chef bewußt nicht. Zwar sprach Johnson vom wünschenswerten Rückzug von Truppen in Nahost, doch er nannte keine Namen und meinte, die einfache Wiederherstellung des Zustandes vor Ausbruch des Nahost-Krieges wäre nur das Rezept für neuerliche Feindseligkeiten. Johnson und Kossygin blieben diplomatisch vieldeutig. Die Nervenschlacht um die Zukunft in Nahost, um das Schicksal Israels geht weiter.

Sosehr sich die Sowjets gestern nach den Realitäten richteten, die der Blitzsieg der israelischen Armee schuf, so wenig wird Moskau auf lange Sicht diese Schlappheit hinnehmen. Israel wird den Frieden viel schwerer gewinnen als den Krieg.

Abba Eban: Sowjets wurden ihrer Verantwortung untreu

Goldberg weist Kossygin's Vorwürfe scharf zurück

(Fortsetzung von Seite 1)

Unmittelbar nach Kossygin sprach der israelische Außenminister Abba Eban. Er sagte, die Schwierigkeiten Israels seien „durch die unausgeglichene Politik der Sowjetunion“ verschlimmert worden. Seit 15 Jahren sei die Sowjetunion ihrer Verantwortung untreu. Sie habe viel zur Spannung im Nahen Osten beigetragen. Während der Rede Eban's verließen Kossygin und sein Außenminister Gromyko demonstrativ den Saal.

Eban kritisierte den „verhängnisvoll schnellen Abzug“ der UN-Friedenstruppe. Es sei ferner über jeden Zweifel hinaus bewiesen, daß die arabischen Staaten nach einem massiven „Haßgewitter“ den Angriff auf Israel geplant und begonnen und die völlige Vernichtung Israels gewollt hätten. Frieden und Sicherheit könnten nur auf

Lösung des Konflikts zu suchen. Wenn Kossygin zu diesem Zwecke komme, „dann wird er die USA vorbereiten finden, an einer friedlichen Regelung mitzuwirken“.

Polizei-Großeinsatz

Mehr als die Hälfte der gesamten New Yorker Polizei muß wegen der UN-Vollversammlung mit Sonderaufgaben betraut werden, wozu vor allem der Schutz der Ostblock-Vertreter gehört. Umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen waren für den Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin angeordnet worden. Am Sonntag kam es zu einer kleineren Demonstration gegen Kossygin. Eine Gruppe jüdischer Amerikaner protestierte vor Kossygin's Wohnsitz gegen die sowjetische Unterstützung der Araber. Zuvor hatte Kossygin New York teils zu Fuß, teils im Wagen besichtigt.

Scharfe Kritik an der Haltung Frankreichs übte der israelische Verteidigungsminister Dayan. Die Haltung der französischen Regierung sei „unrealistisch und unfair“. De Gaulle habe die erklärten Verpflichtungen Frankreichs ignoriert.

Die Sowjets verstärkten am Sonntag ihre Kriegsschiffe im Mittelmeer. Ein Kreuzer und ein Zerstörer passierten den Bosporus. In dieser Woche werden weitere Kriegsschiffe folgen.

Moskau liefert

Auf der arabischen Außenministerkonferenz in Kuwait erklärte der algerische Außenminister Bouteflika, die Sowjets hätten Präsident Boumediene versichert, einen Ausgleich für das während des Nahost-Krieges verlorene Kriegsmaterial zu leisten. Nach Meldungen aus Belgrad sollen die Sowjets während der letzten Tage 100 MIG-Düsenjäger nach Kairo geschickt haben.

Der algerische Staatspräsident Boumediene schlug gestern vor, die arabischen Staaten sollten ein ganzes Jahr lang die Ollieferungen an Großbritannien und USA einstellen.

Politik auch auf Seite 7

der Grundlage freier Verhandlungen Israels mit seinen arabischen Nachbarn verwirklicht werden.

Vor der Vertagung der Vollversammlung auf heute wies der amerikanische Delegierte Goldberg die Beschuldigungen Kossygin's an die Adresse der USA zurück. Es sei tief zu bedauern, daß ein Führer einer großen Nation die völlig falsche Beschuldigung wiederhole. Amerika habe Israel aufgestachelt und ermutigt.

Gegen gewaltsame Territorialgewinne sprach sich der britische Außenminister Brown aus, der gestern nach New York flog. Er forderte die Anerkennung Israels durch die Araber, den Rückzug der israelischen Truppen und eine Rüstungsbeschränkung im Nahen Osten. Die Nahost-Sitzungsperiode der UN-Vollversammlung war am Sonnabend mit einer dreiviertelstündigen Tagung eröffnet worden. Der amerikanische Chefdelegierte Goldberg begrüßte Sowjet-Regierungschef Kossygin und verwies auf dessen Erklärung, daß er nach New York fliege, um eine friedliche

Israel wird nicht zurückweichen

Springer-Auslands-Dienst/60a/AP/UPI

Tel Aviv, 20. Juni

Israel werde sich keinem UN-Beschluß zum Rückzug seiner Truppen hinter die alten Grenzen beugen. Das machte Außenminister Abba Eban in einem Interview noch einmal deutlich. Die Araber sollten nicht glauben, daß ihnen internationaler Druck zu einem Sieg verhelfen könnte, den sie auf dem Schlachtfeld nicht erringen haben.

Das israelische Kabinett hatte sich am Sonntag in zwei Sitzungen mit der künftigen Verwaltung und Gesetzgebung in den unter israelischer Kontrolle stehenden arabischen Gebieten befaßt. In einigen dieser Territorien wurde inzwischen die bestehende Ausgangssperre um zwei Stunden verkürzt. Israel beschuldigte am Sonntagabend syrische Truppen, in der Nähe von Kuneitra das Waffenstillstandsabkommen gebrochen zu haben. Der Angriff sei um 14 Uhr 30 auf die israelischen Linien erfolgt. Er sei aber sofort zurückgeschlagen worden.

Rumänien bekräftigte erneut die Realität der Existenz Israels. Parteichef Ceausescu sagte in Kronstadt, die friedliche Koexistenz zwischen Arabern und Israelis sei die einzig mögliche Lösung im Nahost-Konflikt. Der polnische KP-Chef Gomułka griff die proisraelische Stimmung der polnischen Juden an. Die Moskauer Regierung hat die Ausreise sowjetischer Juden nach Israel untersagt.

Deutsche Hilfe kommt in Gang

Springer-Auslands-Dienst/AP/UPI

Bonn/Tel Aviv, 20. Juni

Mit Hilfe des Internationalen Roten Kreuzes sind die Hilfsmaßnahmen des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) für die Kriegsverwundeten im Nahen Osten in vollen Gang gekommen. Mit Chartermaschinen werden von Frankfurt am Main Medikamente, Decken und Zelte über Beirut in die jordanische Hauptstadt Amman befördert. Die Finanzierung dieser Hilfsleistungen wurde von der Bundesregierung und vom DRK gewährleistet. Das diakonische Werk der Evangelischen Kirche stellte Zelte, Netze, Decken und Bettücher für 5000 jordanische Flüchtlinge zur Verfügung, doch erhielten die damit in Hannover beladenen Transportflugzeuge von Amman noch keine Landeerlaubnis.

SED spricht von blutigen Orgien

United Press International

Berlin, 20. Juni

Von „blutigen Orgien“ der Israelis in den von ihnen besetzten Gebieten Syriens sprach das SED-Blatt „Berliner Zeitung“ gestern im Nachrichtenteil. In einer aus Damaskus datierten Meldung wurde behauptet, die Israelis hätten in dem Dorf Kafar Nafak ein „Blutbad“ angerichtet, nachdem sie alle Einwohner in die Felder getrieben hätten.

„Viele Greise wurden erschossen und Frauen vergewaltigt“, hieß es in dem Greuelbericht, der keine Quellenangabe enthielt. Auch hätten israelische Soldaten ein anderes syrisches Dorf in Brand gesteckt. Nur die Hälfte der Bewohner habe sich durch die Flucht retten können. Außerdem gab die SED-Zeitung den Bericht eines sowjetischen Korrespondenten wieder. Darin heißt es, israelische Soldaten hätten in der Stadt El-Kuneitra von den Einwohnern „Geld oder Uhren“ gefordert. Bei Mißachtung dieses Verlangens seien Syrer von den Israelis „mißhandelt und erschossen“ worden.

Albertz rügt Illustriertenartikel

Elzener Bericht/dpa

Berlin, 20. Juni

Der Regierende Bürgermeister Albertz wies gestern einen Artikel des Journalisten Sebastian Haffner in der Illustrierten „Stern“ scharf zurück. Unter der Überschrift „Die Nacht der langen Knüppel“ vergleicht Haffner das Vorgehen der Berliner Polizei gegen die Anti-Schah-Demonstranten mit der Nazizeit.

Albertz sagte dazu auf dem Spargelessen des Journalisten-Verbandes, wie immer man bestimmte Ereignisse bewerte, so sei doch der Prüfstein, daß die Basis halte, auf der diese Stadt stehe. Der Artikel im „Stern“ gehe an diese Basis Berlins heran. Offenbar gebe es hier Menschen, die Pressefreiheit nur dann gelten lassen wollten, wenn geschrieben werde, was sie in Anspruch nähmen.

In dem Artikel, von dem sich die „Stern“-Redaktion in einem Vorwort distanzierte, heißt es unter anderem, daß dieses „Springer-Berlin von 1967 in der Sache, wenn auch nicht in der Form, wieder ein faschistisches Berlin geworden ist“. — Justizsenator Hoppe ist inzwischen beauftragt worden, den Artikel hinsichtlich seiner strafrechtlichen Aspekte zu prüfen. (Siehe auch Leitartikel)

Amoklauf Macht ein Ende!

St. Man wandelt sich nicht ungestraft über Nacht von einem Paulus zu einem Saulus, von einem glühenden Antikommunisten zu einem Journalisten, der sich offenbar geschmeichelt fühlt, wenn ihn die Ulbricht-Presse lobend erwähnt. Bei einem solchen Verfahren bricht manchmal nicht nur das politische Rückgrat, sondern oft auch das Nervensystem zusammen. Das zeigt sich exemplarisch im Fall des Sebastian Haffner, der gestern in einer Illustrierten behauptete, die „Springer-Presse“ habe gegen die Studenten eine „Programmschaltung“ geschürt, am Tode Benno Ohnesorgs seien „Schreibtischtäter“ hauptverantwortlich, Berlin sei wieder „faschistisch“ geworden.

Es ist verständlich, wenn Justizsenator Hoppe die strafrechtlichen Aspekte solcher Behauptungen prüft. Im Grunde aber deuten die schreienden, hysterischen Auslassungen Haffner's weniger auf einen kriminellen denn auf den klinischen Tatbestand der Unzurechnungsfähigkeit. Niemand verwehrt es übrigens dem spreemüden Haffner, dem „faschistischen Springer-Berlin von 1967“ das zu kehren, was an Haffner am sympathischsten ist: den Rücken.

ge. Die Feiern zum 17. Juni werden mehr und mehr zur gesamtdeutschen Groteske. Vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin vertiefte sich Bundesratspräsident Lemke in EWG-Probleme, und Bundesminister Carlo Schmid und der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz erweckten in Teilen ihrer Reden den Eindruck, als gehe es um einen Propagandafeldzug für den Briefwechsel Kiesinger/Stoph. Der Berliner FDP-Vorsitzende William Borm sagte in Homburg, der Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung mache die Wiedervereinigung unmöglich. Bei einer Studentenveranstaltung in Neukölln wurde unter großem Beifall erklärt, der 17. Juni sei als „Waffe des kalten Krieges“ zum Feiertag ausgerufen worden. Noch nie zuvor waren am 17. Juni so wenige Berliner vor dem Schöneberger Rathaus erschienen wie am vergangenen Sonnabend. Das ist kein Zufall. Viele derer, die fernblieben, begreifen es einfach nicht, daß sie heute der Korrespondenz mit einem Regime zuklatschen sollen, das vor 14 Jahren seine Gegner vor die Gewehre der sowjetischen Standgerichte trieb und das heute noch Flüchtlinge an der Mauer abschießt.

Macht endlich ein Ende mit diesem 17. Juni, der seines Sinnes beraubt ist!



Die rote Hilfe

Heute Gespräch zwischen Kiesinger und Albertz

Fraktionen des Bundestages beraten in Berlin

(Fortsetzung von Seite 1)

Gerstenmaier teilte mit, daß sich der Vorstand des Bundestages mit dem Schreiben der alliierten Stadtkommandanten beschäftigen wird. In der Beurteilung der Rechte und Vorrechte der alliierten Schutzmächte seien sämtliche Fraktionen des Bundestages einig.

Der Vorstand der FDP-Fraktion berichtet gestern die Konsequenzen des alliierten Schreibens vom 24. Mai. Heute wollen sich die freidemokratischen Fraktionen des Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses mit diesem Thema beschäftigen. Die FDP beschnitten würde. Warum hat die Bundesregierung kürzlich neue Stellen geschaffen? War dies notwendig und nennt man dies Sparmaßnahmen? Sind die vielen Auslandsreisen der Minister mit Gefolge notwendig?

W. Z., Bln. 51

Viele tausend Mark wirft man für die Um benennung des Kaiserdamms hinaus, die keinem nutzen. Aber für die „Kleine Oper“, an der viele Bürger Freude haben, ist kein Geld da. Das ist doch nicht mehr zu verstehen.

E. W., Berlin 19

den die alte Umsatzsteuer-Regelung im Berlin-Hilfe-Gesetz abgelöst. An die Stelle der bisherigen Steuerbefreiung der Westberliner Unternehmer tritt ein Anspruch auf Kürzung der geschuldeten Umsatzsteuer auf der Basis der Nettoverrechnung.

Heute gegen elf Uhr trifft Bundeskanzler Kiesinger mit dem Flughafen Tempelhof ein. Unmittelbar nach seiner Ankunft führt er im Bundeshaus ein Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Albertz. Am Nachmittag nimmt der Kanzler an einer Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion teil.

SPD schlägt „Soforthilfen“ vor

Associated Press/dpa

Bonn, 20. Juni

Für Aktionen gegen das Zeitungssterben in der Bundesrepublik hat sich die SPD ausgesprochen. Der SPD-Schatzmeister Alfred Nau schlug gestern im Parlamentarisch-politischen Pressedienst zwei Soforthilfen vor: 1. Streichung der Umsatzsteuer für die Vertriebslöcher der täglich und wöchentlich erscheinenden Abonnementszeitungen für 1967 und 2. Zinsbeihilfen für laufende Betriebsmittel und Investitionskredite in der Höhe von etwa fünf Prozent. Die Belastungen aus diesen Maßnahmen würden für den Bundeshaushalt etwa 65 Millionen DM betragen.

München erwartet 200000 Schlesier

United Press International

München, 20. Juni

Mit einer Ausstellung von Bildern über Schlesien beginnt heute das Deutschlandtreffen der Schlesier auf der Münchener Theresienhöhe. Mindestens 200 000 Teilnehmer aus dem In- und Ausland werden zu dieser Zusammen-

kunft erwartet. Höhepunkt der Veranstaltung unter dem Motto „Mit Schlesien für Deutschland und Europa“ soll eine Großkundgebung am Sonntag werden. Redner sind Bundesfinanzminister Strauß, der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Wehner, und der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Erich Schellhaus.

Außerdem sind noch eine ganze Reihe von Sondertreffen einzelner Heimatgruppen vorgesehen. Um ein Verkehrschaos in München zu vermeiden, setzt die Bundesbahn elf Sonderzüge ein.

Wir dürfen nicht vergessen

Mit Interesse las ich die zeitlich sehr verspäteten und leider auch sehr wenigen Artikel, Aufrufe und Deklarationen in den deutschen Zeitungen. Wenn man bedenkt, daß die Auseinandersetzungen in Nahost unsere Zeitungen, Fernsehkanäle und Kommentatoren fast vierzehn Tage pausenlos beschäftigten, dann wünschte man sich für unsere eigenen Belange eine gleiche Intensität.

Deutschlands Wiedervereinigung ist eine wirkliche Aufgabe für die westliche demokratische Welt. Und unseren Studenten möchte man zu rufen: „Wo bleibt der Wille zu dem Deutschland?“ Wer demonstriert noch für Deutschland? Wir können von den Israelis einiges lernen. Wann erkennen die politischen Parteien, die Gewerkschaften und die

Studentenverbände ihre tatsächliche Aufgabe? J. R., Bln. 30

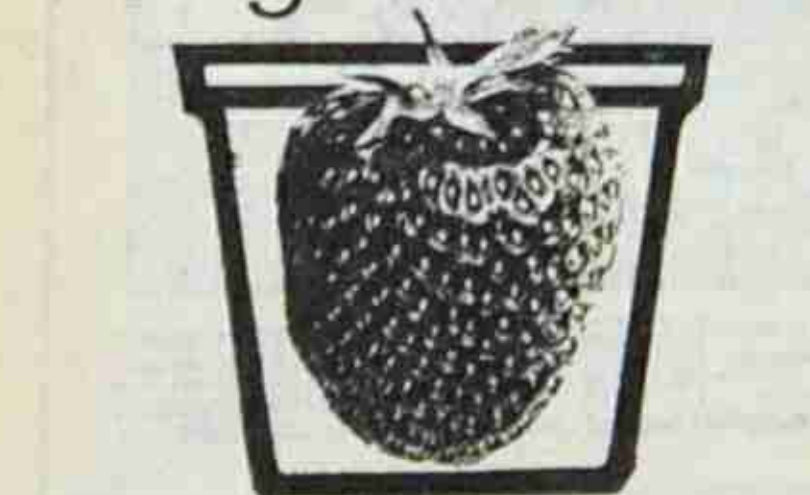
Haushaltsplan 1967

Nachdem das Parlament den Haushaltsplan 1967 angenommen hat, der

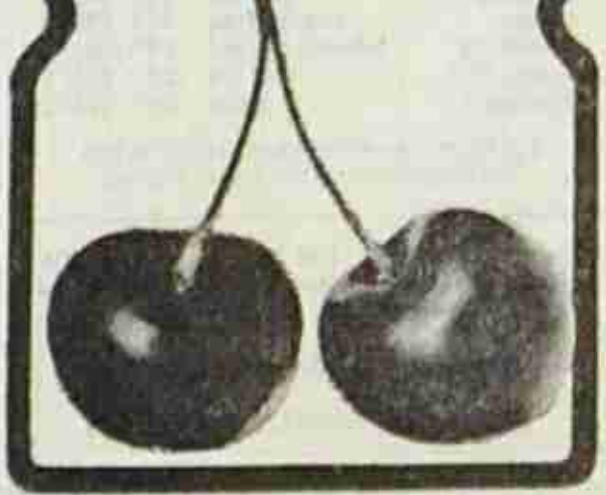
Leserbriefe

mit 77 Milliarden abschließt, wendet sich der Herr Bundeskanzler an das Volk und fordert erneut Opfer. Wie kommt es überhaupt zu einer Mehrverschuldung von 11,1 Milliarden? Leider wird eine Ausgabenpolitik betrieben, die eines Tages unbedingt zu einer Finanzkrise führen wird und muß. Vom Volke fordert man Opfer,

Fang mit Obst



den Sommer ein



den Sommer ein



Der Sommer bietet seine verlockenden Früchte nur wenige Wochen an. Nutzen Sie diese Zeit. Gönnen Sie Ihrer Gesundheit täglich frisches Obst! Jede kluge Hausfrau denkt dabei auch sofort an Wintervorräte. Sie weiß, daß Einmachen noch nie so einfach war wie heute. Moderne Einkochverfahren und Schnellrezepte schonen Früchte, sparen Zeit und vor allem Geld. Denn Einmachen ist immer noch billiger!



Erdbeer-Marmelade 3 Pfd. Erdbeeren zerdücken und 3 3/4 Pfd. Zucker sowie 5 g kristall. Zitronensäure zusetzen. Im Kochtopf unter Rühren erhitzen; dann in Normalflasche Opekta einfüllen und bis zum Aufwallen kommen lassen - fertig! Keine Kochzeit mehr! Heiß in Gläser füllen und mit Cellophan verschließen. Gegen DM 1,00 in Briefmarken erhalten Sie das große Marmeladen-Rezeptbuch von der Einkochberatung, 5 Körner, Riehl, Postfach 193

Kurz gemeldet

Nützliche Schüler

Zum erstenmal werden in diesem Jahr für die Schüler der oberen Klassen in der Sowjetzone während der Ferien „Lager der Erholung und Arbeit“ eingerichtet. Wie das Informationsbüro West meldet, sollen die Jugendlichen gegen Bezahlung in den Lagern „ausgesprochen nützliche Arbeit“ leisten. Das sei nach den Worten eines Zonenkommandanten „Teil der sozialistischen Jugendpolitik“.

Gelegenheitsarbeiter

Einen guten Griff glaubte ein Londoner Baufirma mit der Anzahlung William Wilsons getan zu haben, als er rasch zum Geschäftsführer aufstieg. Wilsons Karriere kostete die Firma einen Verlust in Höhe von 240 000 Mark, die der tüchtige „Manager“ unterschlug. Vermutlich hätte es die Baufirma mit der Beförderung nicht so eilig gehabt, wenn sie gewußt hätte, daß Wilson ein Häftling ist, der lediglich auf Entlassung tagelanger zur Berufsausübung freigelassen wurde.

Emigranten bespitzelt

Weil er ungarische Emigrantenorganisationen bespitzelte, wurde der Schriftsteller der ungarischen Botschaft in Bern, Laszlo Istvan, aus der Schweiz ausgewiesen. Die ungarische Regierung erklärte daraufhin dem schweizerischen Vizekonsul in Budapest, A. Schwesgruber, zur unerwünschten Person, obwohl ihm nach Angaben der Regierung in Bern nichts zur Last gelegt werden kann.

„Sunday Citizen“ ging ein

Das Zeitungssterben in England forderte ein weiteres Opfer. Die 1856 gegründete linksorientierte Londoner Zeitung „Sunday Citizen“ stellte aus wirtschaftlichen Gründen das Erscheinen ein.

Konsequenzen gezogen

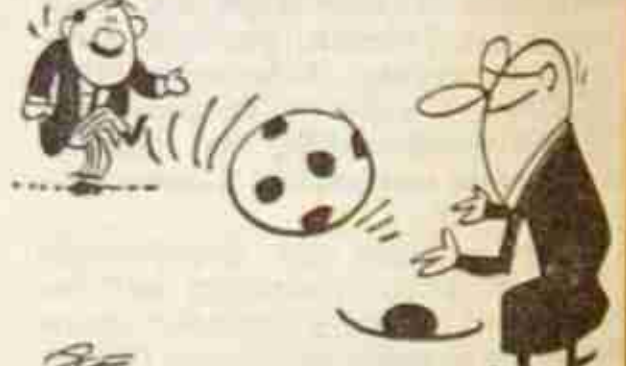
Großbritannien wird mit Flotten- und Luftwaffeneinheiten auch dann den Schutz der Südarabischen Föderation übernehmen, wenn sie im Januar 1968 die Unabhängigkeit erlangt. Die Londoner Regierung traf diese Entscheidung auf Grund der letzten Ergebnisse in Nahost und der aggressiven Haltung, die Ägypten gegenüber Südarabien einnimmt.

Gespräch vorgeschlagen

Die Arbeitgeber der Metallindustrie schlugen in Köln der Industriegewerkschaft Metall vor, am 28. Juni ein Spitzengespräch über die Tarifsituation zu führen. Die Arbeitgeber hätten die Tarifverträge für alle Bezirke mit Ausnahme Bayerns zum 30. Juni gekündigt.

Triumph des Guten

Geistliche beider Konfessionen traten gegen städtische Honoratioren vor Schwäbisch Hall zu einem „Prominenten-Fußballspiel“ zugunsten eines



neuen Kindergartens an. Reisetrag rund 6000 DM. Obwohl ein Pfarrer ein Eigentümer schoß und die „weltliche“ Mannschaft einen Berufsspieler in ihren Reihen hatte, siegte die Geistlichkeit 4:2.

1000 Mark mit MAXI

MAXI, unser piffiger Twen-Star, ist wieder in Aktion. Sie beschließen, „prominente“ Tiere im Berliner Zoo - und plaudert mit ihnen. Ja, MAXI versteht die Sprache der Tiere. Und Sie können es auch. Dafür gewinnen Sie 1000 Mark. Machen Sie mit im großen MAXI-Preis Ausschreiben. Und abonnieren Sie die BERLINER MORGENPOST.

BESTELLSCHEIN

An: BERLINER MORGENPOST 1 Berlin 11, Postfach

Liefern Sie mir von sofort an die BERLINER MORGENPOST für monatlich 5 Mark 70 frei Haus. Vom Monat Juni werden mir nur die gelieferten Ausgaben berechnet.

Name: _____
Ortsteil: _____
Straße: _____
Nr.: _____

Die Berliner Morgenpost erscheint täglich außer nach Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis: für Haus monatlich 5,70 DM, auswärts bei Postzustellung monatlich 6,30 DM. Bei unregelmäßiger Anfertigung kein Ersatzanspruch. Verlag, Redaktionen, Anzeigen und Vertrieb: Ullstein GmbH, Berlin 61, Kochstraße 30, Fernschreiber: 01-83 508/01-84 363. Postfach W 123.